

BERICHTSENTWURF DES AUSSCHUSSES FÜR ÖFFENTLICHE ANGELEGENHEITEN

Als Teilnehmende an der 24. Generalversammlung des RWB fanden wir uns in Accra, Ghana unter dem Thema „Auf dass alle das Leben in Fülle haben“ zusammen, um unsere Erlebnisse und Erfahrungen als Mitglieder der weltweiten reformierten Kirchenfamilie miteinander zu teilen. Dabei spürten wir erneut, wie stark öffentliche Angelegenheiten uns herausfordern und uns zur Wahrhaftigkeit und glaubwürdigem Handeln aufrufen.

Angesichts der Unmöglichkeit, sich mit sämtlichen anstehenden Problemen in allen Regionen der Welt zu befassen, teilte sich der Ausschuss für öffentliche Angelegenheiten in acht Unterausschüsse auf. Jeder Unterausschuss befasste sich mit einem dringenden Problem aus dem Leben und Zeugnis der Kirche in der Öffentlichkeit.

KRIEG, FRIEDEN UND GEOPOLITIK

Als Christinnen und Christen gilt unsere Treue und Gefolgschaft zuerst dem Reich Gottes und erst danach auch unserem jeweiligen Staat. Wir sind berufen, in unserem privaten und öffentlichen Leben nach Gottes Willen zu handeln. Angesichts der zunehmenden Gewaltbereitschaft in allen Teilen der Welt sind wir zu einem Dienst gerechter Konfliktschlichtung aufgerufen. Ein solcher Dienst verwirft die Dominanz einer Gruppe von Menschen über die anderen. Vielmehr baut er gerechte Beziehungen für ein Leben in Gemeinschaft auf und fördert die Einrichtung von Institutionen, die diese Beziehungen stützen und erhalten. Ein gerechter Frieden impliziert die Achtung der menschlichen Grundrechte, setzt Mittel zur gewaltlosen Konfliktschlichtung ein und fördert menschliche Sicherheit, Freiheit und Freude.

Die Welt ist einem rapiden und globalen Wandel unterworfen. Dieser Veränderungsprozess führt zur Entstehung weltweiter, miteinander verknüpfter Netzwerke von Machtzentren der Wirtschaft, Politik, Militärstrategien, Medien, Kommunikationssysteme, Finanzinstitute, aber auch der religiösen Gemeinschaften. Diese Netzwerke verstärken die bestehenden Machtzentren in der Welt, weshalb sie von vielen als „imperiale“ Machtzentren bezeichnet werden. Die zunehmende Anzahl von Asylsuchenden und wirtschaftlichen Migrantinnen und Migranten bezeugt, wie grundlegend der wirtschaftliche, gesellschaftliche und militärische Wandel in unserer Welt ist.

Religiöse Institutionen sind Teil dieses globalen Systems und als solche sowohl in ihrer internen Entwicklung als in ihrem Verhältnis zu ihrer jeweiligen Gesellschaft von dieser Dynamik betroffen. Die von den globalen Netzwerken propagierten Werte widersprechen zutiefst den Werten einer auf Gerechtigkeit beruhenden Friedensarbeit, zu der wir vom Evangelium her aufgerufen sind.

In einem derartigen Kontext führt eine verstärkte Interaktion zwischen Völkern und Volksgruppen auch zu einer Intensivierung religiöser Spannungen und Konflikte. In manchen Regionen werden Kirchen und Gemeinschaften Opfer von Einschüchterung oder Gewalt. Wir beziehen uns auf terroristische Bombenanschläge gegen Kirchen bei gleichzeitiger Verurteilung der Opfer zum Schweigen durch staatliche Agenten. Bedauernd ist auch der Missbrauch religiöser Sprache zur Rechtfertigung von Terror bzw. des „Krieges gegen den Terrorismus“.

Die Globalisierung hatte unter anderem auch ein Erstarren des religiösen Fundamentalismus, des Terrorismus und der Antwort auf den Terrorismus zur Folge, sowie die neue US-Doktrin einer weltumspannenden Dominanz und eines präventiven militärischen Eingreifens. Der anhaltende, ungelöste Konflikt zwischen Palästinensern und Israelis facht den Terrorismus an und verstärkt die Reaktion darauf. Im Licht unserer Berufung zu einer auf Gerechtigkeit beruhenden Friedensstiftung und angesichts unseres aktuellen globalen Kontextes richten wir die folgenden Empfehlungen an unsere Mitglieder.

Empfehlungen

1. Wir empfehlen den RWB-Mitgliedskirchen und deren Gemeinden, über die Spannung zwischen gerechtem Frieden und der neuen geopolitischen Situation nachzudenken, wie sie sich in ihrem jeweiligen Kontext darstellt.
2. Wir empfehlen den RWB-Mitgliedskirchen, aktive Friedensstiftung zu betreiben, indem sie sich als heilende Gemeinschaft an Versöhnungsprozessen beteiligt, insbesondere durch Überschreitung religiöser und ethnischer Grenzen.
3. Wir empfehlen den RWB-Mitgliedskirchen, ihre Stimme prophetisch gegen Unrecht zu erheben und einen Lebensstil zu fördern, der einem solchen Zeugnis entspricht.
4. Wir empfehlen den RWB-Mitgliedskirchen, die Fürsprache für folgende Anliegen zu übernehmen:
 - a. Kürzung der Militärausgaben, Waffenkontrolle und Abrüstungsvereinbarungen.
 - b. Stärkung des internationalen Rechts und der internationalen Institutionen.

WIRTSCHAFTLICHE GERECHTIGKEIT UND UMWELTFRAGEN

Als Verpflichtung aufgrund des „Bekenntnisses unseres Glaubens angesichts wirtschaftlicher Ungerechtigkeit und ökologischer Zerstörung“ und im Wissen, dass Gerechtigkeit in Wirtschaft und Umwelt untrennbar sind, empfiehlt die 24. Generalversammlung des RWB den folgenden Aktionsplan.

DER RWB RUFT ALLE SEINE MITGLIEDSKIRCHEN AUF,

Empfehlungen

1. an unsere Kirchen

1. sich am Protest der Menschen gegen wirtschaftliche Ungerechtigkeit und Umweltzerstörung in ihren Gemeinden durch Gebete, Predigt, Unterricht und konkrete Solidaritätsakte zu beteiligen;
2. einen das Konsumdenken überwindenden Lebensstil zu fördern, der die negativen Auswirkungen kultureller Globalisierung und deren Konsequenzen für den Lebensstil bekämpft;
3. den Anteil ethischer Investitionen an den Gesamtinvestitionen der Kirchen innerhalb der nächsten vier Jahre um mindestens 20 % zu erhöhen und ökumenische Mikrokreditprogramme zu unterstützen;
4. den fairen Handel als Alternative zu unfairen Handelspraktiken zu fördern und für ihn zu werben;
5. sich für die Abschaffung der Korruption innerhalb der Kirchen einzusetzen, indem ein Programm für korruptionsfreie Kirchen durchgeführt wird, analog zu existierenden oder neu zu entwickelnden Programmen (wie dem von der AACC-Generalversammlung oder dem vom NCC in Indien beschlossenen Vorhaben);
6. die Vernetzung zwischen Forschungsinstitutionen von Mitgliedskirchen zu Wirtschafts- und Umweltfragen zu ermutigen;
7. umweltschützende Aktionen innerhalb aller Mitgliedskirchen zu verstärken, im Predigtgottesdienst, in der Ausbildung, der nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen, durch praktische Projekte und anwaltschaftliches Handeln;
8. die Geschlechtergleichheit bei allen wirtschaftlichen und umweltfreundlichen Massnahmen der Kirchen in Bereichen wie Führungskräfte, Anstellung, Finanzen oder Erbschaften zu fördern;

2. an die Regierungen

1. Regierungen wirtschaftlich starker Länder dringend aufzufordern, in ihren Handelsverhandlungen die Bedürfnisse der Bevölkerung wirtschaftlich schwacher Länder, insbes. zum Schutz von deren Agrarmärkten und der im Aufbau befindlichen Manufakturen zu berücksichtigen; desgleichen sind die Regierungen wirtschaftlich schwächerer Länder aufzufordern, die Interessen ihrer eigenen Bevölkerung zu vertreten;
2. Regierungen in ihrem Bemühen zu unterstützen, faire und ausreichende Steuereinnahmen zu erzielen, um die Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen und ihr ein Leben in Würde zu ermöglichen, die Entwicklungsziele des UN-Millenniums zu erreichen und ihrer Verantwortung für soziale Gerechtigkeit nachzukommen;
3. Regierungen dringend aufzufordern, ihre Anstrengungen zugunsten einer Schuldenreduzierung bzw. eines Schuldenerlasses äusserer und interner Schulden zu verstärken;
4. Regierungen aufzufordern, ihren internationalen und nationalen Umweltverpflichtungen nachzukommen, wie dem Kyoto-Protokoll gegen globale Klimaerwärmung und dem Cartagena-Protokoll für Biosicherheit; neue Ziele betr. die Klimaerwärmung festzulegen, um den Ausstoss von Treibhausgasen bis 2050 um 60% zu reduzieren; und neue internationale Abkommen zum Schutz des Wassers, des Bodens und der Wälder zu unterzeichnen;
5. Regierungen aufzufordern, internationale Verpflichtungen zum Schutz von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten, wie etwa das UN-Bündnis von 1966, zu ratifizieren und ihre Verpflichtungen durch nationale Ausführungsgesetze und internationale Rahmenabkommen umzusetzen.
6. bestehende Gesetze einzuhalten – und neue Gesetze zu schaffen – deren Zweck die Bekämpfung jeglicher Form krimineller Wirtschaftsaktivitäten ist, wie der illegale Handel von menschlichen Organen, Waffen, Drogen, Pflanzen und Holz, Steuerhinterziehung, Geldwäscherei und illegale Anstellungen unter Negierung der Rechte der Armen;
7. Bemühungen zu besserem Zugang der Bevölkerung zu Land, Nahrungsmittel, Wasser, Gesundheit und Ausbildung zu unterstützen und die Privatisierung in diesen Sektoren zu untersagen, wenn diese den Interessen der Armen zuwiderläuft;
8. Regierungen zu bitten, kirchliche Entwicklungsprogramme zu unterstützen, wenn dies den Interessen des Landes entspricht.

3. an den privaten Sektor

1. Strategien, die Wachstum ohne Schaffung von Arbeitsplätzen fördern, abzulehnen, und alle Bemühungen zu unterstützen, die Wachstum, Schaffung und Erhalt von Arbeitsplätzen sichern;
2. die Anerkennung und Einhaltung der Menschenrechte fördern, insbes. des Rechtes der Arbeitenden – inbegriffen der Rechte der Migrantinnen und Migranten – , gemäss Standards des Internationalen Arbeitsamtes;
3. nationale und transnationale Firmen aufzurufen, ihre Aktivitäten im Sinne wirtschaftlicher und umweltverträglicher Gerechtigkeit zu orientieren;

4. an internationale Organisationen

1. sich einzusetzen für eine Lösung der systembedingten Verschuldung und ein faires Verfahren für Schuldenerlass zu befürworten (Insolvenzrecht);
2. den IWF, Regierungen und den privaten Sektor aufzurufen, gerechtere Mechanismen zur Stabilisierung der Finanzmärkte zu entwickeln, die Spekulation unter Kontrolle zu halten, um die Anzahl der Opfer von Finanzkrisen zu reduzieren;
3. alle Anstrengungen zur Verstärkung der Demokratie, der Rechenschaftspflicht und der Transparenz innerhalb der Internationalen Finanzinstitutionen (IWF und Weltbank) sowie zum Einsatz für eine verbesserte Partizipation der wirtschaftlich schwachen Länder in der WTO zu unterstützen;
4. multi- und bilaterale Abrüstungsmassnahmen und Frieden anzustreben, um wirtschaftliche Gerechtigkeit ohne Gewalt zu erreichen;

5. an andere religiöse und säkulare Organisationen

1. sich mit anderen nationalen, regionalen und globalen ökumenischen Organisationen, Glaubensgemeinschaften und gesellschaftlichen Bewegungen zu vernetzen und mit ihnen zusammenzuarbeiten, im Sinn eines Bündnisses für wirtschaftliche und umwelterhaltende Gerechtigkeit;

GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT

Angeht die Bedrohung, der das Leben der Menschheit, insbes. der Frauen und Kinder ausgesetzt ist, bekräftigen wir das Recht, ein ganzheitliches Leben führen zu können, gesunde und gegenseitig festigende menschliche Beziehungen in der Gesellschaft zu pflegen, sowie die Herausforderung, gesunde Beziehungen in der Familie und der erweiterten Gemeinschaft zu schaffen und zu erhalten.

Empfehlungen:

1. Dass RWB-Mitgliedskirchen sich dafür einsetzen, Mädchen ebenso wie Jungen eine erweiterte Schulausbildung nach Abschluss der Primarschule zu ermöglichen.
2. Dass RWB-Mitgliedskirchen, die die theologische Ausbildung von Frauen unterstützen, Männer und Frauen, die sich für die Übernahme von Führungsaufgaben in ihrer Kirche vorbereiten, für Fragen der Geschlechtergerechtigkeit sensibilisieren.
3. Dass diese Versammlung den Mitgliedskirchen ihre Überzeugung bekundet, dass diejenige Auslegung der Heiligen Schrift, die zu dem Schluss kommen, Frauen seien zur Ordination zuzulassen, die am besten begründete theologische Schriftdeutung sei. Weiter ermutigen wir die Mitgliedskirchen, den Zugang von Frauen zu Pfarrstellen zu erleichtern und sie in der Ausübung ihres Dienstes zu unterstützen.
4. Dass das Gender-Handbuch *Created in God's Image: From Hierarchy to Partnership*, zur Zeit nur auf Englisch verfügbar, in die anderen drei Arbeitssprachen des RWB übersetzt wird.
5. Dass RWB-Mitgliedskirchen dringend gebeten werden, entschiedener gegen gesellschaftliche Formen von Ungerechtigkeit gegen Frauen zu protestieren. Dies betrifft insbesondere das Problem der Mitgift im indischen Kontext, das Problem der Haushilfen in Afrika und anderswo und das Problem häuslicher Gewalt, sowie den weltweiten Handel mit Frauen und Kindern. Vergewaltigungen und sexuelle Gewalt gegen Frauen und Kinder sind eine Realität und werden insbes. als Kriegswaffen und zur ethnischen Säuberung eingesetzt. Der RWB sollte seine Aufmerksamkeit insbes. dem "Haushilfesystem" zuwenden, wie es in einigen Teilen der Welt üblich ist, vor allem in Afrika.
6. Dass der RWB die Zwangsverheiratung junger Mädchen ohne deren Zustimmung streng verurteilt.
7. Dass der RWB das Recht einer Frau auf Verantwortung für ihren eigenen Leib und auf den Entscheid über den Gebrauch von empfängnisverhütenden Mitteln unterstützt und erklärt, dass der Gebrauch empfängnisverhütender Mittel keine Sünde ist.
8. Dass der RWB seine Mitgliedskirchen auffordert, Strukturen gegen sexuellen Missbrauch zu schaffen und einzusetzen, um die Sicherheit von Frauen und Männern in der Kirche zu gewährleisten.
9. Dass diese Versammlung die Mitgliedskirchen einlädt, bei der Behandlung von Fragen der Geschlechtergerechtigkeit die Entwicklung männlicher Identitäten zu fördern, die für Frauen und Männer zukunftsfähig sind, d.h. Persönlichkeiten aktiv unpatriarchalischer, gewaltloser und nicht unterdrückerischer Art, nach dem Bild Gottes in Christus.
10. Dass diese Versammlung sich die Schlusserklärung der Vorversammlung der Frauen aneignet und deren Ergebnisse den RWB-Mitgliedskirchen zur Annahme empfiehlt.

HIV/AIDS

HIV/AIDS ist ein weltweites Problem und stellt als solches eine ernsthafte Bedrohung für das Leben dar. 2000 HIV-infizierte Kinder werden täglich geboren und 10,000 Menschen sterben jeden Tag an HIV/AIDS. Diese chronische Krankheit kennt keine Schranken des Alters, der Rasse, des Geschlechtes, der sexuellen Orientierung, der Glaubenstradition oder des socio-ökonomischen Status. HIV/AIDS kann nicht mehr ignoriert werden; hinter den betäubenden statistischen Angaben¹ verbergen sich *menschliche Gesichter*. Wir

¹ Omega Bula : (Accra; July 30 to 12 August 2004) Strategic Response – A framework for discussion. Paper submitted to the WARC Public Issues Committee.

brauchen unbedingt einen *theologischen Rahmen* für den Dienst an HIV/AIDS-infizierten und davon betroffenen Menschen.

In diesem Sinn bezeugen wir: a) das Ebenbild Gottes in jeder Person und jeder Rasse ohne Unterschied: weiblich/männlich, Junge/Mädchen, jung/alt, reich/arm; b) ein Leben in Fülle als ein Recht für alle Kinder Gottes; c) die Notwendigkeit, vor der die Kirche steht, Gemeinschaften des Heilens, der Würde, der Versöhnung, der Wiederherstellung und des gegenseitigen Respektes zu schaffen; d) die Notwendigkeit und das Recht der Sterbenden auf Begleitung auf ihrem Weg; und e) dass Sexualität eine Gabe Gottes ist, der uns als Frau und Mann geschaffen hat. Der RWB ist dringend gebeten, sofort aktiv zu werden und sich der HIV/AIDS-Realität als eines Problems von Leben und Tod anzunehmen.

Empfehlungen

Wir rufen die Mitgliedskirchen auf,

1. die systemischen Ursachen der Armut auf lokaler und weltweiter Ebene anzugehen, um im Kampf für die Opfer von HIV/AIDS helfen zu können;
2. zu Schritten zu ermutigen, die auf der Partizipation von Frauen, Jugendlichen, Kindern und verletzlichen Gruppen beruhen und die präventive Massnahmen, medizinische Behandlung und Anwaltschaft einschliessen;
3. sich der von weltweiten ökumenischen Hilfswerken bereits unternommenen Arbeit bewusst zu werden und eine angemessene partnerschaftliche Zusammenarbeit vor Ort ins Auge zu fassen;
4. gegen Rassismus, Diskriminierung und Stigmatisierung systemischer und kultureller Art in allen ihren Erscheinungen anzukämpfen;
5. die Mitgliedskirchen zu ermutigen, diese strategischen Empfehlungen ihrem jeweiligen Kontext anzupassen und umzusetzen.

MENSCHENRECHTE: Der Reformierte Weltbund erneuert seine Verpflichtung zur Achtung und zum Schutz von Leben. Die Durchsetzung und der Schutz der Menschenrechte durch Regierungen ist eine der wichtigsten Prioritäten für die Mitgliedskirchen, besonders dort wo die Verwundbarsten in unserer Gesellschaft von religiöser Freiheit, politischen und bürgerlichen Rechten sowie anderen menschlichen Grundrechten ausgeschlossen sind. Indem der RWB die Vielfalt der regionalen Kulturen, Sprachen und Werte in Zusammenarbeit mit ökumenischen und interreligiösen Partnern, Vereinigungen und anderen Gremien bejaht, fühlt er sich ermutigt, Formen der Berichterstattung und Überwachung von Missachtung von Minderheitsrechten zu unterstützen und, wo hilfreich und angemessen, vermittelnd einzugreifen. Der RWB hebt folgende besonderen Anliegen hervor:

RASSISMUS, FREMDENFEINDLICHKEIT, NATIONALISMUS: Eine grausame Unterdrückung von Minderheiten, die auf Ideologien von Angst und Hass der unterschiedlichsten Art basiert, beraubt weiterhin viele Menschen eines Lebens in Fülle. Diskriminierende Politik und Bräuche negieren die Menschenwürde und Menschenrechte.

Empfehlung:

1. RWB-Mitgliedskirchen, die sich zu demokratischem Wandel und zur Heilung der Erinnerungen bekennen, werden dringend aufgerufen, eine proaktive Rolle bei der Beseitigung und Überwindung von institutionellen und zwischenmenschlichen Formen von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus inner- und ausserhalb der Kirche einzunehmen.

RELIGIÖSE FREIHEIT: Mitgliedskirchen erfahren Verfolgung, Unterdrückung und Diskriminierung auf der ganzen Welt. Vielerorts stellen unsere Mitgliedskirchen eine Minderheit dar und sind bedauerlicherweise an einer zunehmenden Anzahl von Orten wie z.B. in heute noch existierenden oder in früheren kommunistischen Staaten Opfer von Einschüchterung und Diskriminierung, wie die reformierte Kirche Rumäniens und andere Kirchen berichtet haben.

Empfehlung:

2. Mitgliedskirchen werden dazu aufgerufen, die betroffenen Kirchen zu identifizieren, ein System zur Berichterstattung, Überwachung und Dokumentation von Verletzungen von Menschenrechten und Minderheitsrechten einzurichten, um die obgenannten Regierungspolitik in Frage zu stellen und um wirksame Massnahmen dagegen zu ergreifen.

POLITISCHE RECHTE UND BÜRGERRECHTE: Verteidiger der Menschenrechte, die versuchen, Menschenrechtsverletzungen aufzudecken, werden Misshandlungen, Einschüchterung, Folter und Tod ausgesetzt, wie uns die Kirchen von Papua-Indonesien berichten. Es bedarf der Einsetzung von Kommissionen für Wahrheit und Versöhnung, die Verbrechen bestehender und früherer totalitärer Regime oder Demokratien, die ihren Bürgern freie Wahlen vorenthalten, anprangern könnten.

Empfehlung:

3. Mitgliedskirchen werden dazu aufgefordert, Strukturen einzurichten und zu unterstützen, die dazu dienen, sich den Opfern der Verletzungen von politischen und zivilen Rechten zu widmen und nach politischen und wirtschaftlichen Lösungen zu suchen.

ASYLSUCHENDE: Regierungen auf der ganzen Welt errichten neue Mauern, um sich vor Asylsuchenden zu schützen, empfangen sie schroff und bringen sie in Substandardunterkünften unter.

Empfehlung:

4. In Anlehnung an die biblische Tradition der Gastfreundschaft gegenüber Fremden werden die Mitgliedskirchen aufgefordert, sich gegen jede Regierungspolitik zu stellen, die zu einer, an internationalen Normen gemessen unwürdigen Behandlung der Asylsuchenden führt.

ABSCHAFFUNG DER TODESSTRAFE: Gestützt auf die Erklärungen des RWB in Seoul in 1989, die die Todesstrafe als Verneinung des innewohnenden Wertes des menschlichen Lebens und als Gegenteil des christlichen Evangeliums der Gnade und Vergebung verurteilen, bauen Mitgliedskirchen des RWB regionale Netzwerke auf, um Ressourcen zu teilen und gemeinsame Aktivitäten zu koordinieren, welche ein weltweites Moratorium für die Todesstrafe befürwortet.

Empfehlung:

5. Der RWB bestärkt seinen Aufruf zur Abschaffung der Todesstrafe, ruft alle Nationen auf, sofort ein Moratorium zu verabschieden und bittet seine Mitgliedskirchen, ihre Kampagnen zu erweitern, um dieses Moratorium einzubeziehen und in Zusammenarbeit mit NROs der weltweiten Abschaffungsbewegung Unterstützung und Hilfe zukommen zu lassen.

INTERRELIGIÖSE THEMEN

Im Streben nach der Mission der Fülle des Lebens und in unserem Bemühen uns dafür einzusetzen, dürfen wir nicht vergessen, dass wir in einem Kontext der Vielfältigkeit leben und dazu berufen sind, diese Vielfalt zu schätzen und zu feiern. Religiöse Pluralität stellt wahrscheinlich eines der kraftvollsten Elemente dieser Vielfalt dar.

Erfahrungen zeigen, dass Vielfalt zu Konflikten führen kann. In jeder Situation müssen Konflikte sorgfältig analysiert werden, denn sie haben selten eine einzige Ursache. Was man an der Oberfläche als religiösen Anlass für einen Konflikt wahrnimmt (oder sogar fördert), kann wohl seine Wurzeln in wirtschaftlicher Ungerechtigkeit, ethnischer Intoleranz und/oder politischer Unterdrückung haben. Werden solche an und für sich lebensbedrohenden Zustände von religiösem Extremismus für ihre Zwecke missbraucht, gibt es insbesondere im Kontext der Globalisierung verheerende Folgen für alle.

Es ist für gläubige Menschen eine Pflicht, sich gemeinsam mit Menschen anderer Religionen für Gerechtigkeit, Frieden und die Integrität der Schöpfung einzusetzen. Dieser Einsatz ist ein konstruktives und kooperatives Engagement für das Leben. Die Schwierigkeiten dabei dürfen nicht heruntergespielt werden. Glaubensgemeinschaften mögen Gründe dafür haben, einen ausschliesslichen Wahrheitsanspruch geltend zu machen und aufgrund ihres Verständnisses treuer Zeugenschaft Bekehrungen zu dieser Exklusivität anzustreben. Der Berufung zur Fülle des Lebens für alle fordert ein ehrliches, empfindsames, respektvolles und beharrendes Bestreben nach konstruktivem Engagement. Die Begriffe „Zeugnis“ und „Bekehrung“ können nicht leichtfertig fallen gelassen werden. „Zeugnis“ ist der Dialog. Was den zweiten Begriff betrifft, müssen wir anerkennen, dass Bekehrung nicht in unserer Macht sondern in der Kraft des Heiligen Geistes liegt.

Die Schaffung von Beziehungen unter Menschen verschiedener Religionen muss das übergreifende Prinzip sein. Die Methoden, Modalitäten und der Stil des Engagements werden am besten durch die jeweilige Situation bestimmt. Was in Indonesien z.B. gelingt, geht nicht in Pakistan oder Deutschland, in Nigeria oder Indien, in Ländern im Nahen Osten oder in den Vereinigten Staaten. Das Prinzip der Gutnachbarkeit fordert von Dialogpartnern, dass sie gute Kenntnisse des eigenen Glaubens besitzen. Dies erzeugt Vertrauen, fördert das interreligiöse und innerreligiöse Gespräch, verhindert Zerrbilder und trägt zur Überbrückung der Kluft zwischen den Religionen bei.

Empfehlungen

1. Der Reformierte Weltbund ermutigt die Mitgliedskirchen, den Dialog mit Menschen anderer Religionen zu fördern und daran teilzunehmen.
2. Angesichts der aktuellen globalen Situation ermutigt der RWB seine Mitgliedskirchen bewusst zur aktiven Teilnahme am Dialog zwischen Christen und Muslimen weltweit, in der Gewissheit, dass Dialog zum Abbau von Fanatismus und Extremismus auf beiden Seiten beiträgt.
3. Der Reformierte Weltbund sucht weiter nach missiologischen Modellen, Paradigmen und Strategien für religiös pluralistische Gesellschaften, sodass Kirchen im Rahmen ihrer pluralistischen Gesellschaften weiterhin wirkungsvoll ihr Zeugnis ablegen können.
4. Der Reformierte Weltbund empfiehlt den Mitgliedskirchen in Konfliktsituationen die Arbeit der Interreligiösen Arbeitsgruppe in Indonesien als Muster für die Entwicklung von Strategien zur Konfliktbewältigung mit dem Ziel, dass Konflikte jeder Art auf gewaltfreie Weise ausgeglichen werden können.

5. In enger Zusammenarbeit mit anderen ökumenischen Gremien fördert der Reformierte Weltbund die Aufklärung der Mitgliedkirchen über verschiedene Glaubensrichtungen und das Leben verschiedener, auch indigener Völker, um konstruktive Beziehungen und gegenseitige Kooperation mit ihnen zu ermöglichen.
6. In enger Zusammenarbeit mit anderen ökumenischen Gremien fördert der Reformierte Weltbund den Austausch von Informationen und Geschichten über friedevolles interreligiöses Zusammenleben und nimmt öffentlich Stellung zu interreligiösen Themen, die für seine Mitgliedkirchen von Interesse sind.

LAENDERANLIEGEN

Solidarität unter Mitgliedkirchen in schwierigen Situationen zu stärken, ist ein Ziel des Reformierten Weltbundes. Aus diesem Grund sind viele Anliegen der Generalversammlung auch die unsrigen: Heilung (e.g. in vom Krieg zerrissenen Ländern wie der Elfenbeinküste, Kongo, Sudan, Indien, Afghanistan, Äthiopien, Senegal, Irak, Palästina, Angola; HIV/AIDS und seine Auswirkungen; die zunehmende Anwendung an vielen Orten einer Politik der Angst; Schwierigkeiten in einigen Ländern in Lateinamerika mit der Umsetzung der Friedensverträge; innere Konflikte und Guerrilla-Kriege); Vielfalt schätzen (z.B. wachsender Rassismus und stärker werdende Fremdenfeindlichkeit in Europa und Nordamerika; interreligiöser Konflikt und religiöse Freiheit in Asien, forcierte Konversionen zum Islam in Pakistan); Inklusivität und Teilhabe (z.B. die Auswirkungen der Osterweiterung der Europäischen Union auf Nachbarstaaten, Analphabetismus in Pakistan; Asylanten in Europa und im Pazifik; Erosion der Bürgerrechte in den USA); Frieden (z.B. Irak, Israel/Palästina, Indonesien, Indien, Taiwan, der Neomilitarismus in Japan, der Terrorismus, eine Verteidigungsstrategie in den USA, die Präventivschläge einschliesst, wachsende Gewalt in Brasilien und an vielen anderen Orten); Geschlechtergerechtigkeit (z.B. Gewalt gegen Frauen, die Institution der Mitgift in Indien); Schöpfung (z.B. die Auswirkungen des Giftmülls in Afrika und dem Pazifik, illegales Abholzen in Indonesien und auf den Salomoninseln; Erderutsche als Folgen der Überentwicklung in Taiwan; die Auswirkungen des steigenden Meeresspiegels auf Inselgemeinschaften im Pazifik; Umweltverschmutzung in Nordamerika; die Privatisierung natürlicher Ressourcen wie Wasser an vielen Orten); wirtschaftliche Gerechtigkeit (z.B. die Auswanderung von Wissenschaftlern aus Afrika, aus Teilen Asiens und der Karibik; Wanderarbeiter in Indonesien, Korea, Japan und auf den Philippinen; die Auswirkung der Globalisierung auf Arbeiterinnen und Arbeiter in der Landwirtschaft; die Wirtschaftskrise in Argentinien, der Zusammenbruch der Rechtsstaatlichkeit in Kolumbien; wachsendes organisiertes Verbrechen in Lateinamerika und der Karibik). Wir nehmen an, dass diese Anliegen in anderen Berichten und ihren Empfehlungen aufgegriffen werden. Wir sind im Klaren darüber, dass diese für unsere Mitgliedkirchen dringende Fragen darstellen. *Aus diesem Grund sollten alle Mitgliedkirchen nach Möglichkeiten suchen, einander zu unterstützen, zu erhalten und zu ermutigen in ihrem Streben Jesus nachzufolgen und das Leben in Fülle zu bekennen und zu fördern.*

Der Bericht über den Tod von Pfarrer Susianti während eines Gottesdienstes in Indonesien und die Nachricht von einem Angriff auf Kirchen im Irak beunruhigen uns und sind Beispiele der wachsenden Bedrohung und Gefahr des interreligiösen Konflikts, die sich auf Mitgliedkirchen in der ganzen Welt auswirkt. Wir stellen fest, dass das, was allzu oft als interreligiöser Konflikt bezeichnet wird, in Wirklichkeit die Auswirkung politischer, militärischer oder wirtschaftlicher Interessen ist, die solche Konflikte zu ihren Gunsten manipulieren. *Die Generalversammlung missbilligt solch zynische, zerstörerische Einmischung in das Leben und die Verkündigung der Glaubensgemeinschaften und fordert ihre Mitgliedkirchen auf, einander in ihrer Rolle als vermittelnde und versöhnende Kräfte in solchen Konfliktsituationen zu unterstützen und zu ermutigen.*

Die Generalversammlung weist die Mitgliedkirchen insbesondere auf folgende Situationen hin:

- Ø **Indonesien**, wo seit 1999 Bürgerkrieg auf den Molukken herrscht. Die Generalversammlung verpflichtet sich, ihre Mitgliedkirchen bei ihren Bemühungen zu unterstützen, in diesem Konflikt vermittelnd zu wirken. Seit dem Jahr 1998 und dem Fall Suhartos wird dieser Krieg durch die Machtkämpfe, die Auswirkungen für ganz Indonesien haben, geschürt.
- Ø Der **Sudan** ist ein Land, das seit langer Zeit von Spannungen und Konflikten zwischen seinen arabischen und afrikanischen Völkern heimgesucht wird. Wir stellen fest, dass die Unterstützung der Regierung für die arabischen Miliztruppen dieses Land trotz Durchbrüchen bei den Friedensverhandlungen weiterhin destabilisiert. *Wir befürworten die Arbeit des New Sudan Council of Churches (neuer Rat der christlichen Kirchen in Sudan) auf dem Gebiet der Konfliktbewältigung und unterstützen im Gebet die Presbyteriansche Kirche in Sudan wie auch die Völker dieses Landes.*
- Ø Im **Nahen Osten**, dem Geburtsort von drei monotheistischen Religionen, sind heute vor allem der Irak und Israel/Palästina Schauplätze wachsender Gewaltspiralen. Inmitten von 150 Millionen Angehörigen anderer Religionen bemühen sich die 15 Millionen Christinnen und Christen in dieser Region, ihre Präsenz und ihr lebensbejahendes Zeugnis aufrechtzuerhalten. *Wir rufen alle Kirchen der Welt dazu auf, ihrem Interesse und ihrer Solidarität für ihre Schwestern und Brüder im Nahen Osten Ausdruck zu verleihen, damit diese weiterhin als Agenten der Versöhnung innerhalb ihrer Gesellschaften tätig sein*

können. Wir bitten die Mitgliedkirchen inständig, sich dieser Herausforderung zu stellen und sich mit diesen Menschen solidarisch zu zeigen.

Wir haben die Anliegen unserer Mitgliedkirchen in Ländern, in denen in der nächsten Zeit Wahlen stattfinden, wahrgenommen, dass die Kirchen auf lokaler und weltweiter Ebene eine Rolle bei der Durchführung freier und fairer Wahlen ohne innere oder äussere Einmischung spielen können. Insbesondere bitten wir um Unterstützung für die Kirchen in den folgenden Ländern:

- Ø In der **Demokratischen Republik Kongo** werden 2005 Wahlen stattfinden. Die Kirchen in diesem Land bitten um internationale Unterstützung, um zu gewährleisten, dass unabhängige, freie und faire Wahlen stattfinden können.
- Ø In **Kamerun** finden die Wahlen im Oktober 2004 statt. Es bestehen wachsende Befürchtungen, dass die regierende Partei im Falle einer Nichtwiederwahl versuchen wird, unter Anwendung von Gewalt an der Macht zu bleiben.
- Ø **Venezuela** ist eines der vielen Ländern in Lateinamerika, das durch Einmischung der USA destabilisiert wird. Hier wird am 15. August 2004 ein Referendum stattfinden, das als Wahlstimmenprüfung für die Regierung betrachtet wird. *Die Kirchen in Venezuela bitten die Generalversammlung und die Mitgliedkirchen des RWB um ihre Fürbitte, dass Gott soll dieses Referendum segnen möge, damit es ihrem Land Frieden mit Gerechtigkeit bringe.*

Das Selbstbestimmungsrecht wird in vielen internationalen Erklärungen festgehalten, aber für einige unserer Mitglieder bleibt dieses Recht nur ein Hoffnungsschimmer. Insbesondere machen wir auf die Anliegen unserer Mitglieder in folgenden Ländern aufmerksam:

- Ø **Papua**, dessen Bewohner im Verlauf der letzten 40 Jahren Unmenschliches als Folge militärischer Aktionen erlitten haben. Diese Menschen möchten in bezug auf ihren Platz innerhalb Indonesiens Gebrauch von ihrem Selbstbestimmungsrecht machen. *Die Generalversammlung fordert ihre indonesischen Mitgliedkirchen auf, ihre Schwestern und Brüder in Papua zu unterstützen und ruft alle Mitgliedkirchen auf, ihre Solidarität mit der indigenen Bevölkerung in Papua zu demonstrieren, in dem sie ihre Regierungen bitten, die Menschrechtssituation in Papua zu überprüfen und Massnahmen zum Schutz der Grundrechte der indigenen Völker Papuas zu unterstützen. Die Mitgliedkirchen des RWB sollen auch die Regierung Indonesiens auffordern, die Sonderautonomie für Papua in Kraft zu setzen.*
- Ø Für **Taiwan** möchten wir die früheren Erklärungen des Reformierten Weltbundes bestätigen, in denen er die Presbyterianische Kirche in Taiwan und die Hoffnungen der taiwanesischen Bevölkerung unterstützt hat. Wir stellen mit Bedauern fest, dass das politische Klima zwischen China und Taiwan nicht nur den ökumenischen Beziehungen zwischen dem Chinesischen Christenrat und der Presbyterianischen Kirche in Taiwan schadet, sondern auch für das Verhältnis beider Kirchen zu ihren ökumenischen Partnern ungünstig ist, indem Druck auf sie ausgeübt wird, sich für die eine oder die andere Seite zu entscheiden. *Die Generalversammlung ruft den Reformierten Weltbund und seine Mitgliedkirchen auf, sich in dieser Situation für einen Dialog zugunsten gesunder ökumenischer Beziehungen und einer breitangelegten Versöhnung zwischen China und Taiwan einzusetzen.*

Hier wird ersichtlich, dass Kirchen nicht gegen gewisse prägende politische Kräfte in ihren Gesellschaften und in der Welt gefeit sind. Diese Kräfte schaden immer und lassen oft tiefe Wunden zurück. **Südafrika** ist ein Beispiel davon. An der Generalversammlung in Debrecen verpflichtete sich der RWB, die Dutch Reformed Church in einem Prozess der Versöhnung und Vereinigung „kritisch zu begleiten“. Mit Traurigkeit stellen wir fest, dass der Vereinigungsprozess nicht vorangekommen ist und dass das Bekenntnis von Belhar noch nicht ein Teil des gemeinsamen Bekenntnisses der beiden Kirchen (der Dutch Reformed Church und der Uniting Reformed Church in Southern Africa) geworden ist. *Wir rufen den neuen Exekutivausschuss auf, diesen Prozess als Teil des laufenden Prozesses der Versöhnung in Südafrika weiterhin zu begleiten, bei der Lösung der noch offenen Fragen behilflich zu sein und dies als Priorität anzusehen.*

Ein gemeinsames Thema, das alle Regionen betrifft, ist der Problemkomplex um die Migration. *Der RWB verpflichtet sich insbesondere, die Kirchen in Europa, Australien und Nordamerika in ihrem Kampf gegen wachsenden Rassismus und stärker werdende Fremdenfeindlichkeit in ihren Gesellschaften zu unterstützen. Dies gilt auch für ihre Bemühungen, den biblischen Imperativ der Gastfreundschaft für Fremde und neue Nachbarn in die Tat umzusetzen.*

ETHIK DES LEBENS UND NEU AUFTAUCHENDE ANLIEGEN

Humangenetik

„Denn du hast meine Nieren bereitet und hast mich gebildet im Mutterleibe. Ich danke dir dafür, dass ich wunderbar gemacht bin“ (Ps. 139,13-14). Während der letzten Generation hat die Menschheit viele neue

Erkenntnisse über die inneren Beziehungen aller, auch der menschlichen Lebensformen gewonnen, und damit auch die potentielle Fähigkeit erworben, Veränderungen auf jener Ebene herbeizuführen, sei es zum Guten oder zum Bösen. Die Worte des Psalmisten sagen uns, dass Gottes Herrschaft sich über die ganze Schöpfung erstreckt, und darum auch über die kleinsten Elemente des Lebens.

Manche nennen die Entschlüsselung des menschlichen Genoms das „Buch des Lebens“. Sie könnte uns zum besseren Verständnis unseres Körpers, der Krankheit, und unseres genetischen Erbes führen. Wir müssen uns aber davor hüten, diese Kenntnis der Gene und deren Funktionen als die wahre Definition des Menschen schlechthin zu verstehen, oder dass sie zum Entwurf eines vollkommenen genetischen Planes verführt, dementsprechend wir als entweder „normal“ oder „defekt“ beschrieben werden können. Nach biblischem Zeugnis schuf Gott Menschen „zum Ebenbild Gottes“ (1Mo 1, 26-27). Fülle des Lebens finden wir in Jesus Christus als dem fleischgewordenen Wort Gottes. In Christus ist jeder Mensch vor Gott einmalig, ungeachtet seiner funktionalen Unvollkommenheit. Wir widerstehen jeglicher Tendenz, Menschen auf Grund ihrer Gene als defektiv zu erachten, oder noch schlimmer, ihnen deswegen ihr Recht auf Existenz in der Zukunft abzuspochen.

Patentverfahren

Die weitbreitete Patentierung genetischer Sequenzen und lebender Organismen hat starke Kritik von den Kirchen Europas, Nordamerikas, und zunehmend des Südens hervorgerufen. Patentrechte gewähren dem Erfinder einen zeitlich begrenzten Schutz anderen gegenüber, die eine solche Erfindung unter ihren Namen auf den Markt bringen könnten. Patente sind für viele Erfindungen durchaus legitim, aber Gene, Zellen, Tiere und Pflanzen sind alle Teile der Schöpfung Gottes, die nicht erfunden worden sind, und für die niemand den Anspruch auf Monopolrechte haben kann. Breit angelegte Patentmonopole, die den akademischen und kommerziellen Sektoren zugebilligt werden, konzentrieren die Macht in unverantwortlicher Weise in den Händen weniger Menschen, und hindern oft die medizinische Forschung, statt ihr zu helfen.

Klonen und Stammzellen

Gottes Beschluss, die menschliche Fortpflanzung durch das Zusammenkommen von Mann und Frau zu gestalten, wird durch die Vorstellung des reproduktiven Klonens verwirrt. Kirchen haben jeden Versuch eines solchen Klonens nicht nur wegen der überwältigenden Risiken für das geklonte Baby widerstanden, sondern weil es die Schöpfung eines neuen Individuums bedeuten würde, das statt seiner oder ihrer eigenen und einmaligen Gene, durch eine Drittpartei dazu prädestiniert wird, die Gene einer anderen schon lebenden Person zu haben. Viele Kirchen haben daher Anregungen eines UNO-Verbots des reproduktiven Menschenklonens unterstützt.

Stammzellen, die aus menschlichen Embryonen erzeugt werden, besitzen ein dramatisches Potential, degenerative menschliche Krankheiten wie die Diabetis zu behandeln, aber die Verwendung von Embryos zu diesem Zweck ist in vielen Kirchen umstritten. Viele Christen halten es für unannehmbar, ein menschliches Embryo in dieser Weise zu manipulieren, weil es bereits ein menschliches Leben ist; andere stimmen diesem Argument nicht zu und würden eine begrenzte Embryonenforschung billigen, sofern es sich um „überflüssige“ Embryos handelt, die durch medizinisch erwirkte Befruchtung gewonnen wurden. Beide anerkennen das Potential der Stammzellen, die sich im Gewebe Erwachsener und im Blut der Plazenta befinden; die Forschung ist aber zu jung, um feststellen zu können, ob sich solche oder gar embryonale Stammzellen in andere Zelltypen verwandeln lassen, sodass sie in der medizinischen Behandlung die erwartete Wirkung erzielen werden.

Genetisch veränderte Getreidesorten und Nahrungsmittel

Die genetische Veränderung von Getreidesorten geschieht, indem die Gene einer anderen Pflanze, eines Tieres, oder eines Mikroorganismus einer Getreideart hinzugefügt wird. Dies sollte nicht mit der selektiven Züchtung innerhalb einer Getreidesorte, noch der Anwendung hybriden Saatgutes oder chemischer Düngemittel verwechselt werden. Über die genetische Veränderung von Getreidesorten gibt es geteilte Meinungen unter den Kirchen; in verschiedenen Umgebungen werden verschiedene Fragen laut. Eine Vielzahl theologischer Werte kann uns bei der Analyse dieser Fragen weiterhelfen: eine Theologie der Schöpfung und der menschlichen „Mit-Kreativität“ in der Schöpfung; eine Theologie des Risikos; der menschlichen Bestrebungen und Schwächen, der Gleichheit, der Gerechtigkeit, des Respekts vor anderen, des Miteinanderteilens, der Rechenschaftspflicht unter den Generationen, der Bevorzugung der Armen, und einer Infragestellung der Systeme der Mächtigen. Darum stellt die genetische Veränderung für manche Christen eine natürliche Ausdehnung der von Gott gegebenen Kreativität des Menschen im Bereich der Landwirtschaft dar, während sie für andere eine Verletzung der Grenzen der von Gott geschaffenen Ordnung ist. Sie befürworten an deren Stelle traditionelle oder organische Formen der Landwirtschaft. Viele machen sich Sorgen, weil es unsicher ist, welche Auswirkungen genetisch veränderte Getreidesorten auf die Gesundheit und die Umwelt haben werden, etwa den Verlust der biologischen Vielfalt, die genetische Verunreinigung von Nachbarfeldern und die Entwicklung von widerstandsfähigen Schädlingen. Andere Stimmen hingegen glauben, dass diese Risiken mit strikten Kontroll- und Überwachungsmassnahmen kontrolliert werden können. Die Kirchen werden vor die Frage gestellt, welche Vorsichtsmassnahmen im

örtlichen Kontext geeignet sind. Für viele Christen lautet die wichtigste Frage, ob es möglich ist, die Technologie von der Dominanz der Firmeninteressen zu trennen, die den dringendsten Bedürfnissen des Südens nicht gerecht werden.

Empfehlungen:

1. Wir ermutigen die Kirchen, sich mit den Entwicklungen der Biotechnologie im Bereich der Medizin und der Landwirtschaft auseinanderzusetzen und gegebenenfalls in geeigneter Weise zu handeln, und dabei die Ergebnisse der gegenwärtigen Arbeit an diesen Themen in unseren Kirchen zu Rate zu ziehen.
2. Wir ermutigen den RWB, die Fragen im Bereich der neuen Biotechnologien auf die Tagesordnung seiner zukünftigen Arbeit zu setzen.
3. Wir empfehlen unseren Kirchen, das Klonen von Menschen wegen seiner Risiken und der ernststen ethischen Einwände zu verbieten, und die UNO aufzurufen, ein internationales Verbot menschlichen Klonens in Kraft zu setzen.

SCHLUSSFOLGERUNG

Der Ausschuss für öffentliche Angelegenheiten bittet die Generalversammlung, diese Empfehlungen anzunehmen; den neuen Exekutivausschuss zu beauftragen, einen Plan zur Verwirklichung dieser Empfehlungen zu erarbeiten; die Mitgliedskirchen aufzufordern, auf die historische Verpflichtung des Weltbunds gegenüber den Menschenrechten sorgfältig zu achten und im Hinblick auf diese Themen entsprechende Massnahmen vorzunehmen; und als Teil ihres Bekenntnisses zur Fülle des Lebens finanzielle wie auch personelle Mittel für diese Schritte zur Verfügung zu stellen.

10.08.04 - 09.00